

Protokoll

Zur 20. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 2. Wahlperiode

Sitzungstermin: 27.11.2023, 14:00 bis 17:30 Uhr

Sitzungsort: Videokonferenz

Sitzungsleitung: Herr Mones (Vorsitzender)

Protokollführung: Ulrike Häfner

Zu TOP 1: Austausch zu aktuellen Themen

BE: Herr Minister Freiberg

➔ **Protokollanlagen:** keine

Gesprächsinhalte:

Minister Steffen Freiberg bedankt sich für die Einladung, begrüßt den Ausschuss und berichtet zu folgenden Themen:

- **Haasenburg:**

Das für das MBS über das überraschende Urteil wird derzeit geprüft und nachdem das Urteil im Wortlaut vorliegt, wird das weitere Vorgehen bekannt gegeben.

- **umA:**

ION 741 junger Menschen und 91 nach § 42 SGB VIII regional sehr unterschiedlich verteilte umA. Aktuell sind die Zahlen stabil auf hohem Niveau. Es findet eine enge Abstimmung mit den Landräten und Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern statt. Die Erneuerung des Standardanpassung-Schreiben ist allen geläufig. Darin wird auf Möglichkeiten der Abweichungen im Fachkräftegebot nach SGB VIII hingewiesen. Die Unterbringung von Mädchen und jungen Frauen in Einrichtungen der HzE findet entlang von Notsituationen statt, als subsidiäres Mittel. Mit den KSV bestehen zum Thema einer zentralen Clearing-Einrichtung Diskrepanzen. Die Landesregierung hat eine andere Sicht als die kommunale Familie. Das umA-Register wird weiter aufgebaut. Das Meldeverhalten der JÄ hat sich zwischenzeitlich verbessert. Der UA HzE hätte gerne o.g. Schreiben zuvor beraten. An einer gemeinsamen Problemlösung wird weiterhin gearbeitet.

- **Landesausführungsgesetz zum SGB VIII/ BrbgKJG**

Der Referentenentwurf liegt inzwischen vor. Minister Freiberg führt in die Historie, die Grundsätze und Zielrichtung des Gesetzentwurfes ein. Für eine substanzielle Bewertung der zwölf Kapitel wurde die Frist zur Stellungnahme bis Anfang Januar 2024 festgesetzt. Das MBS erwartet konstruktive Verbesserungsvorschläge und freut sich auch über zustimmende Beiträge. Bisher gab es keine Stellungnahmen mit fundamentaler Kritik. MBS steht gerne für Erläuterungsgespräche zur Verfügung. Der LKJA wertet die Fristsetzung für zu eng gewählt und bedauert, dass es so wenig Zeit gibt. Das MBS prüft, ob eine Synopse als Arbeitshilfe zur Verfügung gestellt werden kann. Der Zeitplan für das Gesetzgebungsverfahren sieht die Kabinettsbefassung im Januar vor, um das Gesetz zeitnah ins Parlament einbringen zu können. Das BrbgKJG soll noch in dieser Legislatur in Kraft treten. Es gibt vom Ausschuss den Wunsch nach einer gesonderten Beratung/ViKo, weil die Rechtsverordnung zum Mehrbelastungsausgleich noch nicht ausreichend transparent wahrgenommen wird.

• **Kita-Finanzierung**

Die Ergebnisse der Kita-Finanzierungsstudie, die das MBS in Auftrag gegeben hat, können noch nicht kommuniziert werden. Der Entwurf ist noch nicht finalisiert und Zahlen müssen plausibilisiert werden. Die Gutachterinnen und Gutachter hatten Probleme mit den Datenlagen, die nicht vergleichbar waren. Eine grundlegende Gesetzesneuregelung und konkretes Finanzierungssystem, ist aus dem aktuellen Arbeitsstand nicht unmittelbar abzuleiten. Es braucht noch Zeit. AL.2 bietet im Chat ein 4-stündiges Erläuterungsgespräch an. Rückschlüsse für eine Kita-Finanzierungs-Reform scheint es nicht zu geben. Damit wäre viel Zeit verloren, bemängelt der LKJA. Der Handlungsdruck ist bei allen Trägergruppen groß.

• **Bildungsplan**

Das Verfahren ist am Laufen. Die Stellungnahmen gehen derzeit ein. Die Hausleitung bekommt Anfang Dezember den Bildungsplan von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vorgestellt. Danach startet die informelle Beteiligung, dann folgt eine weitere Überarbeitung und das formale Beteiligungsverfahren startet. Der Bildungsplan wird die nur Verbindlichkeit einer Empfehlung haben aber Mindeststandards setzen. Pädagogische Konzepte müssen den Plan dann konkretisieren. Bisher gibt es keine externen Stellungnahmen. Gegenwärtig hat sich nur die Schulabteilung geäußert. Der Praxisdialog kann im Januar terminiert werden. Es wird ein offizielles Verfahren zur Stellungnahme und voraussichtlich auch eine Thematisierung im politischen Raum geben.

Weitere Verabredungen: Keine.

Zu TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

BE: Herr Mones

➔ Protokollanlagen: Keine

Gesprächsinhalte:

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden. Zu Beginn der Sitzung sind 28 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Frau Uhlworm wird von Jacqueline Eckardt, als Expertin vom Paritätischen unterstützt. Sie wird als Gast willkommen geheißen. Es gibt keine Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung. Über den Entwurf der Tagesordnung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis

Ja: 26 entspricht 93%

Nein: 0

Enthaltung: 2 entspricht 7%

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist damit angenommen.

Weitere Verabredungen: Keine.

Zu TOP 3: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 27.02.2023

BE: Herr Mones

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Es gehen folgende Änderungswünsche zum Protokoll des LKJA am 17.10.2023 ein: Seite acht: Berufung von Dennis Lenhardt wird korrigiert. Mit diesen Änderungen wird über die Genehmigung des Protokolls abgestimmt:

Abstimmungsergebnis

Ja: 20 entspricht 74%

Nein: 0

Enthaltung: 7 entspricht 26%

Damit ist das Protokoll der letzten Sitzung angenommen.

Weitere Verabredungen: Keine

Zu TOP 4 Bekämpfung von Kinderarmut in Brandenburg

BE: Frau Uhlworm

Protokollanlagen: keine.

Gesprächsinhalte:

Frau Uhlworm führt in das Thema ein und skizziert die Sichtbarkeit materieller Not von Kindern in Kita und Schule sowie die Teilhabeprobleme. Sie sieht sich als Initiatorin für eine Verständigung zum Thema Kinderarmut und verweist auf die Handlungsempfehlungen des Familienbeirats. Gewünscht wird eine Positionierung des LKJA. Dafür schlägt sie die Einrichtung einer AG vor, die ein entsprechendes Papier des LKJA vorbereiten könnte. Frau Uhlworm diagnostiziert, es gäbe kein Erkenntnis- aber ein Umsetzungsproblem. Das zuständige MSGIV sollte bei weiteren Beratungen einbezogen werden.

Frau Eckardt stellt aktuelle Zahlen vor, betont die Situation von Alleinerziehenden wie auch die verschärften psycho-sozialen Belastungen durch Corona. Sie spricht sich für ein Positionspapier und gemeinsame Handlungsstrategien aus. Frau Radig schlägt vor, dass Frau Uhlworm, Herr Dr. Einig und Frau Eckardt sich den Auftrag erteilen lassen, um die Grundstruktur/Zielrichtung und den Adressat*innenkreis eines solchen Papiers zu klären. Frau Eckardt trägt noch die armutssensible Qualifikation von Fachkräften bei. Erfahrungen aus den KIEZ-Kitas, deren Zusammenarbeit mit Familienzentren und gemeinsames vernetztes Agieren sollten einbezogen werden. Vernetzungsstrukturen sollten geprüft werden wie auch die adäquate Unterstützung von Eltern. Frau Heyland spricht von ihren Erfahrungen aus Elternsicht und die Bevorzugung Erwerbstätiger, was die armutssensible Bedarfsplanung konterkariert. Frau Krumrey (LKJB) spricht sich dafür aus, auch Einsamkeit in den Fokus zu nehmen.

Weitere Verabredungen: Frau Uhlworm koordiniert den weiteren Arbeitsprozess.

Zu TOP 5: Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen nach der Corona-Pandemie

BE: Frau Uhlworm

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

In der vor-vorletzten LKJA-Sitzung wurde ein junger Mensch zum Thema nicht ausreichend gehört. Frau Uhlworm sieht sich als Mittlerin, um das Thema zu setzen. Annekatriin Friedrich bestärkt die Problematik aus Sicht des Landesjugendrings.

Frau Friedrich zitiert aus der Copsi-Studie 2021 erhobenen und 2022 veröffentlichten Zahlen für Brandenburg. Das Angebot „1. Hilfe-Ausbildung- Psychische Gesundheit“ des LJR wird sehr gut angenommen. Der LJR bedauert, dass das MSGIV nach der Studie keine praxisrelevanten Konsequenzen gezogen hat. Herr Dr. Einig verweist auf die Ergebnisse einer großen Fachveranstaltung vom 13. Oktober 2023. Nicht gut ist, dass es ein Ministerium für „gesunde Kinder und Jugendliche“ und eines für „kranke Kinder und Jugendliche“ gebe. Der Leidensweg zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie ist lang und ist nicht im Sinne der Inklusion. Die daraus resultierenden Folgekosten sind enorm und menschlich verwerflich. Maria Schäfer will wissen, ob es seitens des MBSJ Ressourcen für präventive oder strukturelle Angebote gibt. Sie verweist auf die Initiative Kindeswohl.

Das MSGIV ist zuständig für dieses Thema zuständig. Für eine vertiefte inhaltliche Diskussion sollte ein/e Mitarbeiter/in aus dem MSGIV anwesend sein.

Weitere Verabredungen: Im UA HzE sollen die einzelnen Diskussionsstränge zusammengeführt werden. Die „Initiative Kindeswohl“ soll nochmal im LKJA vorgestellt werden. Die UA JJJ und UA HzE sollten sich mit der LKJB zur seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen verständigen. Eine zuständige Person vom MSGIV soll für zur nächsten Beratung im LKJA eingeladen werden. Frau Uhlworm und Frau Friedrich stoßen zusammen mit Frau Krumrey die Diskussion in den UAs an. Sie achten dabei auf die Beteiligung der öffentliche Kinder- und Jugendhilfe.

Zu TOP 6: Austausch zur geänderten Richtlinie zur Förderung der Jugendbildung und Jugendbegegnung im Land Brandenburg

BE: Herr Friedel (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Friedel berichtet und führt zum Entwurf der Förderrichtlinie ein. Der UA berichtet zum Stand der Debatte und äußert zwei Kritikpunkten:

- a) Die Förderhöchstsumme ist zu niedrig angesetzt und vernachlässigt fehlende Eigenmittel der Träger sowie
- b) die Einreichung pädagogische Konzepte soll entfallen.

Das Benehmen zur Richtlinie ist bereits hergestellt. Herr Friedel stellt klar: Jeder Träger der Jugendhilfe hat ein Konzept. Die Einreichung sagt wenig über die Praxis aus. Im Wesentlichen werden auch nur die Jugendverbände aus den Mitteln gefördert. Frau Hansen ist es wichtig, dass die Qualität stimmt.

Weitere Verabredungen: Zur Anpassung der Mindestsumme sollen weitere Gespräche geführt werden.

Zu TOP 7: Ablösung des Instruments zur Sprachstandsfeststellung „KISTE“ und sukzessive Einführung eines neuen Instruments ab 2024

BE: Frau Nöthlings/Frau Rechenbach (MBSJ)

→ Protokollanlagen: PPP- Präsentation

Gesprächsinhalte:

Frau Nöthlings stellt das mehrstufige Verfahren der Sprachstands-Feststellung vor. Zur Ablösung des veralteten Instruments wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Im Dezember 2022 wurde im Ergebnis des Gutachtens das Sprach-Screening im Vorschulalter favorisiert. Dieses Sprachstands-Feststellungsverfahren (SVV) soll ab 2024 implementiert werden. Das betrifft 1.634 Personen in Kitas. In einer Übergangszeit von drei Jahren werden die Fachkräfte qualifiziert. Die „Kiste“ kann derzeit noch genutzt werden. Die Fortbildung zahlt das MBS und das Berliner Institut für Frühpädagogik (BlfF e.V.) bietet die Fortbildungen an.

Die Grundidee ist, ein altes Verfahren durch ein zeitgemäßes und einfacheres Verfahren abzulösen. Dabei bleibt die alltagsintegrierte Sprachförderung das Mittel der Wahl. Alles Weitere ist additiv.

Nach dem Verständnis von Herrn Dr. Einig sollte zuerst der Bildungsplan implementiert werden und wäre zunächst umzusetzen, um danach die weiteren Verfahren einzuführen. Für das Beobachtungs- und Diagnoseinstrument „Meine Kompetenzen auf dem Weg zum Schulanfang im Land Brandenburg“ (MIKA) und SSV müssten die Fachkräfte ja auch geschult werden.

Weitere Verabredungen: Der UA wird die weiteren Verfahrensschritte beobachten und die Implementierung verfolgen.

Zu TOP 8: Benennungsherstellung „Verwaltungsvorschriften über die Grundsätze für die Anerkennung von Vereinsvormundschaften/Vereinspflegschaften gemäß § 54 SGB VIII im Land Brandenburg (VV-Vereinsvormundschaften)“

BE: Herr Decker

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Der UA HzE hat sich zuerst im April mit der VV befasst. Nach Rückmeldungen der LAG hat sich der UA erneut damit beschäftigt. Es gibt nun festgelegte Prüf-Kriterien, was nach Meinung des UA sehr zielführend ist. Der UA empfiehlt die Ab- und Zustimmung zur VV.

Abstimmungsergebnis: 23 Abstimmungsberechtigte

Ja: 19 entspricht 83%

Nein: 0

Enthaltung: 4 entspricht 17%

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest, das Benehmen ist hergestellt.

Weitere Verabredungen: Keine

Zu TOP 9: Benennungsherstellung zu den aktualisierten Empfehlungen der AG interdisziplinärer Fachaustausch

BE: Frau Grosset (MBS), Frau Lehnhardt (MSGIV)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Grosset führt ins Thema ein und berichtet von der LKJA-Sitzung am 26. Juni 2023. Im Nachgang wurden lt. Empfehlung des UA HzE Anregungen in den interministeriellen Fachaustausch mitgenommen und verabredungsgemäß erneut in den LKJA eingebracht. Die

Kritik bezog sich bei den Empfehlungen darauf, sie würden sich auf allgemeine Formulierungen beschränken und zu wenige Definitionen enthalten. Frau Grosset diskutiert die Einwände, erörtert die Thematik, wirbt für Verständnis und Kompromissformeln. Die Diskussion verdeutlicht, dass das Papier keinen empfehlenden Charakter hat, sondern den Handlungsauftrag zur Kooperation der örtlichen Träger unterstützt. Die örtliche Kinder- und Jugendhilfe kann auch ohne dieses Papier tätig werden. Insofern ist keine Eile geboten. Angesichts der unklaren Zielrichtung und der vielen Detailfragen zur Beteiligung und Umsetzung, Fragen der Leistungsträger z.B. zum Hilfeplanverfahren wird das Papier erneut zurück in den UA HzE verwiesen. Der Vorsitzende stellt fest, dass das Benehmen nicht hergestellt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 19 entspricht 95%

Nein: 0

Enthaltung: 1 entspricht 5%

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest, das Benehmen nicht hergestellt werden kann.

Weitere Verabredungen: keine

Zu TOP 10: Bericht der Unterausschüsse

BE: Frau Hansen, Herr Dr. Einig, Herr Decker

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

BE: Frau Hansen

Rege diskutiert wurden insbesondere das Verhältnis von Jugendarbeit und Sport, Klimawandel und Jugendarbeit. Frau Benard war zu Gast.

Kindertagesbetreuung

BE: Herr Dr. Einig

Der UA traf sich am 6.11.2023 online und befasste sich mit einer Vielzahl von Gesetzesvorhaben und Vorschriften, insbesondere inklusive Hortbetreuung und inklusiver Kinderschutz.

Hilfen zur Erziehung

BE: Herr Decker

Der UA HzE hat am 13.10.2023 getagt und Standards zur Familien- und Beratungszentren (Erziehungsberatung) diskutiert. Die LAG möchte die Qualitätsmaßstäbe mit der kommunalen Ebene beraten. Die Weitergabe der Handlungsempfehlung zur Hilfeplanung von der BAGLJÄ ist zu umfangreich um sie als Empfehlung des LKJA weiterzugeben. Sie sind aber eine wertvolle wie auch umfangreiche Hilfestellung für die Praxis. Möglicherweise sind die Bedarfe an Handreichungen auf wesentliche Punkte beschränkt, die auch als Empfehlung herausgegeben werden könnten. Es gab einen Sachstandbericht zum interdisziplinären Fachausschuss sowie eine Verständigung zum vorgelegten Beschluss zur Vormundschaft. Andiskutiert wurden die Situation von umA sowie das Brandenburg-Paket. Der UA hat die Weiterarbeit an der Schiedsstellen-Verordnung erneut aufgegriffen.

Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

BE: ohne

Der UA hat nicht getagt.

Weitere Verabredungen: Keine

Zu TOP 11: Status quo: Erstellung eines juristischen Gutachtens zur Zusammensetzung und den Beschlussrechten des Landes- Kinder- und Jugendausschusses

BE: Frau Häfner (MBSJ)

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Auf der Grundlage des vom LKJA am 27. Februar 2023 beschlossenen Fragekatalogs (Vorlage Nr. 130-38/23) wurde ein ordentliches Vergabeverfahren über den Brandenburgischen Vergabemarktplatz initiiert. Nach einer Markterkundung wurde am 26. Oktober 2023 die Ex ante veröffentlicht. Es folgte am 6. November 2023 die Angebotsaufforderung mit Frist bis zum 17. November 2023. Nach Angebotseröffnung wurde der Zuschlag am 22. November 2023 erteilt und ein Werkvertrag geschlossen. Die Auswahl erfolgte auf der Grundlage einer Vergabematrix, die neben den Kosten auch Referenzen in die Bewertung einbezog. Laut Vertrag liegt am 20. Dezember 2023 ein Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei Ilchmann vor. Zudem wurden bis zu drei Erörterungstermine im Vertrag berücksichtigt. Dem Wunsch von RA Ilchmann zur Verlängerung der Abgabefrist auf den 02.01.2024 wurde stattgegeben.

Weitere Verabredungen: Es wird ein Erörterungstermin mit dem LKJA gewünscht.

Zu TOP 12: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Friedel (MBSJ)

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

- Kita-Qualität: Frau Steinbach berichtet zur Genese von aktuell zwei mehrjährigen Projekten (IFK & SFBB). Der Berichtspunkt soll erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.
- Verwaltungsvorschrift umA: Diese wird gegenwärtig erarbeitet. Der LKJA wird beteiligt werden. Die VV hat den Rechtscharakter einer Richtlinie und das Benehmen wird hergestellt werden müssen.
- Brandenburg-Paket: Das ist eine Richtlinie des MdFE. Die Fragen zur Richtlinie wurden ans MdFE weitergeleitet. Den Ergebnissen kann nicht vorgegriffen werden. Es gibt wohl Schreiben in mindestens 4 Landkreisen mit Abfragen zur Auslegung, was höchst problematisch ist. Der LKJA bittet das MBSJ nachzuhaken und die Auszahlungsdringlichkeit zu verdeutlichen. Die Kompensation von Kosten in der Kinder- und Jugendhilfe war als unkompliziertes Verfahren angekündigt.

Weitere Verabredungen: keine

TOP 13: Verschiedenes

➔ Protokollanlagen: Keine

Planungsstand Fachtag Fachkräfte:

Keine Neuigkeiten (Februar im SFBB)

Sitzungstermine 2024:

Folgende Termine für die regulären Sitzungen des LKJA sind für das nächste Jahr vorgeschlagen, jeweils von 14:00 Uhr – 17:30 Uhr, im Raum E.34, MBSJ

26. Februar 2024

22. April 2024

24. Juni 2024

14. Oktober 2024

25. November 2024 (ViKo)

Die nächste Sitzung des LKJA wird am 26. Februar 2024 stattfinden.

Weitere Verabredungen: Keine

Herr Mones verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:55 Uhr.

Die nächste Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses findet am Montag, **26.02.2024**, ab **14:00** Uhr statt.

gez. Bernd Mones
Vorsitzender des LKJA

gez. Ulrike Häfner
Protokollführerin